

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

13.5.1929 (No. 109)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfiskation fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschreibstättler, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
In der Berichtszeit vom 2. bis 8. Mai 1929 hat die Entlastung des Arbeitsmarktes weitere Fortschritte gemacht, die Verbesserung ist aber uneinheitlich und nur zögernd vor sich gegangen. Die Aufnahmefähigkeit war wie in der Vorwoche ganz überwiegend auf die Außenberufe beschränkt, während die konjunkturellen Schwierigkeiten der Wirtschaft in gleicher Weise fortbestanden und zu weiteren Verkürzungen der Arbeitszeit und Betriebsstilllegungen führten.
Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 8. Mai war folgender:
In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung
52 145 Personen (36 251 Männer, 15 894 Frauen),
in der Kräfteunterstützung
9097 Personen (7343 Männer, 1754 Frauen).
Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 4195 oder 6,4 v. H. von 65 487 Personen (47 059 Männer, 18 378 Frauen am 1. Mai, auf 61 242 Personen (43 594 Männer, 17 648 Frauen am 8. Mai. Davon kamen auf Württemberg 15 215 gegen 16 619 und auf Baden 46 027 gegen 48 818.
Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 8. Mai 1929 auf 1000 Einwohner 12,1 Hauptunterstützungsempfänger gegen 13,8 am 8. April und 31,9 am 6. März.
Die Entwicklung in den Hauptberufsgruppen charakterisiert sich folgendermaßen:
Im Baugewerbe hat die günstige Entwicklung angehalten, der jahresspezifische Normalstand wurde jedoch noch nicht erreicht. Der Bedarf an Maurern und Gipsern konnte stellenweise nur durch zwischenzeitliche Vermittlung gedeckt werden; nach Malern besteht rege Nachfrage, während Tischler und Zimmerleute nur vereinzelt angefordert wurden. Jüngere Bauhilfsarbeiter fanden gute Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zahl der Rotfrontkämpfer betrug am Ende der Berichtszeit noch 6188 Mann. Die Lage in der Industrie der Steine und Erden hat sich nicht wesentlich verändert, die volle Aufnahme der Arbeiten in den Ziegeleien wird anscheinend durch die gegenwärtig stattfindenden Lohnverhandlungen etwas hinausgezögert. Im Verkehrsgewerbe hat sich durch vereinzelte Einstellungen von Streckenarbeitern durch die Reichsbahnverwaltung eine leichte Entlastung bemerkbar gemacht, nach den Feiertagen sind hier weitere Anforderungen zu erwarten. Trotz lebhafter Vermittlungstätigkeit konnte die starke Nachfrage der Landwirtschaft nach jüngeren berufskundigen Arbeitskräften und weiblichen Dienstboten nicht gedeckt werden; ältere Arbeiter wurden dagegen nur ungenügend eingestellt. Aus dem Rheinlande wurde ein weiterer Transport von 33 Dienstburshen der Landwirtschaft zugeführt, desgleichen konnte eine Anzahl erwerbsloser Tabakarbeiterinnen in einer Erbsenguchzugenossenschaft untergebracht werden. In der Gärtnerei und Forstwirtschaft erfolgten weitere Einstellungen.
Die Nachfrage nach weiblichem Küchen- und Hauspersonal sowie nach Servier- und Küchenfräuleins im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ist wegen der kommenden Pfingstfeiertage stellenweise sehr lebhaft; geeignetes Personal steht nicht immer zur Verfügung, während für männliche Arbeitskräfte weniger Unterbringungsmöglichkeit besteht. Durch die in Karlsruhe stattgefundene zweite Süddeutsche Gastwirtschaftsmesse hat der Arbeitsmarkt eine beachtliche Belebung erfahren. Hauswirtschaftliches Personal wird noch immer in größerem Umfang benötigt. Die günstige Arbeitsmarktlage im Feuertengewerbe blieb bestehen, Wäglern in Maschinenfabriken und Färbereien wurden in größerer Zahl gesucht.
In der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie ist die Arbeitsmarktlage wie bisher kräftig. Eine größere Anzahl von Arbeitskräften kam erneut zur Entlassung. Infolge Arbeitsmangel sind von größeren Firmen weitere Betriebs Einschränkungen für die allernächste Zeit in Aussicht genommen. Bedingt durch Streik, Flächener und jüngere Elektromonteur konnten vereinzelt vermittelt werden, während Karosserie- spengler nicht genügend zur Verfügung stehen. Der schlechte Geschäftsgang in der Schmiedewarenindustrie hält weiter an, die Aufnahmefähigkeit ist äußerst gering und bleibt auf einzelne Spezialarbeiter beschränkt. In der chemischen Industrie ist die Lage uneinheitlich. Die Schwierigkeiten in der Textilindustrie machen sich durch zunehmende Betriebs Einschränkungen und Stilllegungen bemerkbar. Eine Strickwarenfabrik mußte die gesamte Belegschaft in Höhe von 500 Mann entlassen; weitere Betriebs Einschränkungen stehen bevor. Eine Besserung des Beschäftigungsgrades in der Lederindustrie ist nicht zu erwarten. Die Linoleumindustrie ist gut beschäftigt, auch für Tapezierer und Polsterer besteht gute Unterbringungsmöglichkeit. Die Holzindustrie zeigt nur vereinzelt Interesse für jüngere Tischlermeister. Eine Möbelfabrik mußte eine Anzahl Arbeiter entlassen, eine größere Belegschaftsverminderung steht in einer Stuhlfabrik bevor. Guten Beschäftigungsstand weisen die Sägewerke auf. Erhebliche Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen werden aus der Musikinstrumentenindustrie gemeldet. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zeigt sich steigende Nachfrage nach selbständigen Konditoren, Bäckern, Metzgern und Bierbrauern. In der Zigarrenindustrie mußte in einigen Betrieben abermals zur Auswechslung von Belegschaften und Entlassungen geschritten werden, während von anderen Fabriken die Wiederaufnahme der Arbeiten teilweise in

Letzte Nachrichten

Der Stand der Pariser Verhandlungen
Erhöhung der Jahreszahlungen?

Der Pariser Korrespondent der „Times“ führt das Stillschweigen über die Tätigkeit der Reparationskonferenz in den letzten Tagen auf die sehr heftige englische Kritik an dem Versuch der Änderung des Spa-Schlüssels für die Verteilung der Reparationsabgaben zurück. Es sei bekannt geworden, daß die Bemühungen, die Unternehmung zu einem einigermassen erfolgreichen Abschluß zu bringen, fortgesetzt werden. Der neu entworfenen Bericht sei, wie angenommen werde, eine geschickte Verbindung der alliierten und der deutschen Wünsche, in der die alliierten Forderungen und die deutschen Vorbehalte so vermengt sind, daß sie als Ganzes genommen werden müssen. Es werde schwer für eine der beiden Seiten sein, einen besonderen Punkt abzulehnen, ohne den gesamten Regelungsplan umzustößeln. Da jedoch jede Partei auf einer Mindestsumme bestehe, sei es wahrscheinlich, daß nur eine Erhöhung der Durchschnittsanuität eine Vereinbarung möglich machen kann.
Dr. Schaht wieder in Berlin
Dr. Schaht, 13. Mai. (Tel.) Reichsbankpräsident Dr. Schaht, der sich 24 Stunden in Deutschland (Ruhrgebiet) aufgehalten hatte, ist gestern nachmittags von Essen nach Berlin abgereist. Er wird seinen kurzen Aufenthalt in der Reichshauptstadt dazu benutzen, den Reichskanzler über den Stand der Pariser Verhandlungen zu unterrichten und voraussichtlich vor allem Besprechungen über die Reichsbankpolitik führen.

Die Gemeindevahlen in Frankreich

Erfolge der Autonomisten in Straßburg und Colmar
W.D. Paris, 13. Mai. (Tel.) Die Gemeindevahlen haben im großen und ganzen — wenn man von dem Vordringen der Autonomisten in den Stadtparlamenten von Straßburg und Colmar im Elsaß absteht — eine Stabilisierung der Lage gebracht.
Der „Matin“ schreibt: Das Charakteristikum des ersten Wahlganges war, daß alle Parteien fast völlig ihre Position gewahrt haben. Nur die Sozialisten verzeichneten einen leichten Rückgang. Der zweite Wahlgang hat das Ergebnis nicht wesentlich geändert. In Paris hat die rechtsstehende Mehrheit vier Sitze gewonnen, die den Sozialisten und sozialistischen Republikanern, also dem Kartell der Linken, abgenommen wurden. Die Sozialisten haben jedoch in Lyon einen Sieg davongetragen, so daß Herriot gezwungen ist, auf das Amt des Bürgermeisters zu verzichten. Die Haltung der Sozialisten veranlaßt Herriot seinem Eintreten in das erste Kabinett der nationalen Einigung unter der Leitung Poincarés im Juli 1928. Die Kommunisten haben ihre Stellung in Paris und in der Bannmeile behauptet und konnten im übrigen, trotzdem sie mit Ausnahme des Elsaß ohne Wahlkompromisse kämpften, ihre Position unwesentlich verstärken, zum Teil auf Kosten der Sozialisten.
Dr. Ross in Straßburg gewählt. In Straßburg-Süd, wo in der Stichwahl für den Municipalrat am Sonntag 5 Mandate zu vergeben waren, sind zwei Kommunisten und drei Autonomisten gewählt worden. Unter letzteren auch Dr. Ross, der sich den französischen Behörden wegen Wiederaufnahme seines Prozesses gestellt hatte, und dessen Prozeß demnächst vor dem Schwurgericht in Besançon stattfinden wird.

Die Gewerkschaften zu den Maitravallen

Die Plenarversammlung der Delegierten der Berliner Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen schloß zu den blutigen Ereignissen der ersten Maitage eine Entschärfung, in der es heißt:
Am Abend des 1. Mai, sowie an einigen darauffolgenden Tagen wurden an einigen Stellen Berlins Zusammenstöße mit der Polizei provoziert, die einen blutigen Ausgang nahmen und eine Anzahl Tote und Verwundete als Opfer forderten. Dafür ist die kommunistische Partei Deutschlands verantwortlich zu machen, die durch ihre wochenlange Hege in der „Roten Fahne“ den Boden dafür vorbereitete. Die Plenarversammlung bedauert außerordentlich, daß der 1. Mai nicht ohne Blutvergießen verlaufen ist und beklagt die unschuldigen Opfer.
Der Berliner Besuch König Fuads von Ägypten ist nun offiziell auf den 10. Juni angesetzt. Für die Zeit der offiziellen Anwesenheit des Königs Fuad in der deutschen Reichshauptstadt sind mehrere Festlichkeiten und Empfänge vorgesehen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird in den ersten Junitagen nach Madrid abreisen müssen. Um das Auswärtige Amt während des Königsbesuches zu vertreten, bleibt Staatssekretär Dr. v. Schubert in Berlin.
Vier litauische Terroristen zum Tode verurteilt. Die vier Terroristen Kuzgas, Karolis, Angalis und Gavenas, die am 21. April mit Revolvern und Granaten bewaffnet, in Schaulen verhaftet worden waren, wurden vom Kriegsgericht in Kovno zum Tode verurteilt. Sie haben ein Gnadenbittgesuch an den Präsidenten der Republik eingereicht.

Zum Verbot des Rotfrontkämpferbundes

Das Ministerium des Innern schreibt:
Die Reichsregierung hat an alle deutschen Länder das Ersuchen gerichtet, den Rotfrontkämpferbund mit seinen Zweigverbänden zu verbieten, weil dieser Bund in besonderen Aufrufen alle im Deutschen Reich ihm angeschlossenen Vereine zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Staatsordnung aufgefordert hat. Die offen von dem gen. Bund ausgegebene Parole, „nur die bewaffnete Macht“ der Arbeiterklasse könne die Entscheidung über die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats bringen, führte in Berlin zu schweren Opfern an Menschenleben und in vielen Gegenden des Reiches zu Zusammenstößen mit politisch andersgesinnten Staatsbürgern. Die von der Reichsregierung für das Verbot vorgebrachten Gründe, wonach der Rotfrontbund „zu einem bewaffneten Aufstand Vorbereitungen trifft bis“, wie es in einer Kundgebung desselben heißt, „zur siegreichen Durchführung der Revolution in Deutschland“, lassen dieses Verbot als rechtmäßig zulässig erscheinen.
Das badische Staatsministerium hält, da die von der Zentrale des Rotfrontbundes hinausgegebenen Kampfanweisungen auch für dessen im Lande Baden bestehende Vereine Geltung haben, das gegen letzteren in Preußen ausgesprochene Verbot auch für Baden am Platze. Bei dem vorliegenden Sachverhalt wäre übrigens auch eine Einprache des Staatsministeriums gegen das vom Reich ergangene förmliche Ersuchen, zur Erlassung des Verbotes beim Staatsgerichtshof, von seinem Erfolg begleitet. Der Minister des Innern wurde deshalb beauftragt, den Rotfrontbund der R.F.D. auch für den Freistaat Baden zu verbieten.
Um ein solches Verbot durchzuführen zu können, ist es nötig, bis auf weiteres die öffentlichen Umzüge politischer Gruppen genehmigungspflichtig zu erklären zu dem Zwecke, alle soldatenähnliche Aufmärsche dieser Gruppen, die erfahrungsgemäß bisher häufig mit bedauerlichen Ausschreitungen verbunden waren, zu verhindern. Um was es sich hierbei handelt, ergibt sich aus einem Artikel der R.F.D. Jugend-Internationale vom November 1928, in welchem gesagt wird:
„die Rote-Front verzichtet auch nicht auf die Anwendung physischer Kampfmethoden. . . Heute wird die Straße von der Roten Front beherrscht. Allerdings mußte die Straße erst erkämpft werden. Regelmäßig patrouillieren des Abends Gruppen der Rote-Front durch die Straßen. Wehe, wenn sich Angehörige faschistischer Organisationen sehen lassen. Die Abzeichen herunter, eine anständige Tracht Brügel gegeben, das war das Werk eines Augenblicks. Ehe das Überfallkommando der Polizei zur Stelle war, war man schon in einer anderen Gegend, um dort eine ähnliche Handlung vorzunehmen. . .“
Da nun da und dort rechtsextreme Parteigruppen vom gleichen Geiste befeuert sind, oder sich für in der Abwehr befindlich erklären, sind Zusammenstöße, solche oft mit tödlichem Ausgang, zur Zeit an der Tagesordnung. Dieser Zustand führt zur Gefährdung der allgemeinen staatlichen Ordnung und erschüttert das Vertrauen breitester Volksschichten zu ihr. Es ist an der Zeit, diesen Störungen der Ordnung, die allgemein einen recht ungünstigen Eindruck hinterlassen, ein Ende zu bereiten.
Das Versammlungsrecht und das allgemeine Vereinsrecht werden durch die ausgesprochenen Verbote nicht beeinträchtigt. Versammlungen unter freiem Himmel und Straßenumzüge erfahren nur insofern eine gewisse Einschränkung, als für diese in der nächsten Zukunft eine besondere Erlaubnis erforderlich ist, insofern es sich hierbei um politische Kampfziele handelt. Die Austragung politischer Gegenstände mit Mitteln der Gewaltanwendung auf der Straße muß unterbleiben.

Admiral von Fische! †. Der Admiral à la suite des Seesoffizierkorps, Max von Fische!, ist in Kiel im Alter von 79 Jahren gestorben.
Kein Gemeindebestimmungsrecht in der Schweiz. In der Schweiz fanden am Sonntag einige wichtige Volksabstimmungen statt über verschiedene Volksbegehren, die jedoch sämtlich abgelehnt wurden, entsprechend dem Antrag der Regierung und der meisten Parteien. Eine Vertragsinitiative, die den Gemeinden das Recht gewähren wollte, auf ihrem Gebiete die Herstellung und den Verkauf von Branntwein zu verbieten, wurde mit 445 487 gegen 219 374 Stimmen abgelehnt. Sämtliche Kantone mit Ausnahme von Basel-Stadt waren dagegen.

vollen Umfangs gemeldet wird. Die Lage im Bekleidungs- gewerbe ist für Maßschneiderei und Konfektion in der Herren- und Damenschneiderei nicht ungünstig, während die Schuh- warenbranche unter weiteren Entlassungen und Arbeitszeitver- kürzungen zu leiden hat.

Die Wahlen in Sachsen

Kommt die Große Koalition?

Am Sonntag fanden in Sachsen bei lebhafter Tätigkeit aller Parteien die Wahlen für den Sächsischen Landtag statt. Im ganzen waren von 12 Parteien Wahlvorschläge eingereicht worden. Nach den vorläufigen Berechnungen werden sich die Mandate im neuen Sächsischen Landtag wie folgt verteilen:

- Sozialdemokraten 33 (bisher 31),
- Deutschnationale 8 (14),
- Deutsche Volkspartei 13 (12),
- Wirtschaftspartei 11 (10),
- Kommunisten 12 (14),
- Demokraten 4 (5),
- Volkrechtspartei 3 (4),
- Altsozialisten 2 (4),
- Nationalsozialisten 5 (2),
- Sächsisches Landvolk 5 (0).

Die Zahl der abgegebenen Stimmen in den drei Wahlkreisen betrug nach den vorläufigen Berechnungen 2 701 217. Davon entfielen auf Sozialdemokraten 922 118, Deutschnationale Volkspartei 218 363, Deutsche Volkspartei 363 417, Wirtschaftspartei 304 363, Kommunistische Partei 345 817, Deutsche Demokratische Partei 115 097, Kommunistische Opposition 22 594, Volkrechtspartei 70 092, Alte Sozialdemokratische Partei 39 625, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 133 787, Zentrumspartei 25 440, Sächsisches Landvolk 140 522. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 80 Proz. Die Wahlzahl beträgt etwa 28 100.

Bei den vorigen Wahlen betrug die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 2 367 699. Davon entfielen auf Sozialdemokraten 758 142, Deutschnationale 341 056, Deutsche Volkspartei 292 079, Wirtschaftspartei 237 462, Kommunisten 342 112, Demokraten 111 351, Kommunistische Opposition 0, Volkrechtspartei 98 258, Alte Sozialdemokraten 98 026, Nationalsozialisten 48 018, Zentrum 24 059, Sächsisches Landvolk 0.

Danach sind in der Verteilung der Mandate unter den Parteien nur geringe Verschiebungen eingetreten. Es ist weder der kommunistischen Opposition noch dem Zentrum gelungen, ein Mandat zu erlangen. Eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit hat sich nicht ergeben. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 78 Proz.

Was die nun entstandene politisch-parlamentarische Situation anlangt, so sind die Altsozialisten nicht mehr das Junglein an der Wage. Die Bildung einer Regierung ohne Sozialdemokraten wäre nur unter Annahme der Demokraten und Nationalsozialisten möglich. Sie hätte 51 Mandate gegenüber den 45 Mandaten der Sozialdemokraten und Kommunisten. Eine Regierung der Großen Koalition mit Einschluß der Sozialdemokraten hätte 52 gegen 44 Mandate.

Deutsch-französisches Pakabkommen. Zwischen Deutschland und Frankreich ist ein neues Abkommen über das Passivum abgeschlossen worden, das in Zukunft das Reisen zwischen den beiden Ländern erheblich erleichtern wird. Das Abkommen bestimmt, daß in Zukunft Passiva mit einer Gültigkeitsdauer von zwei Jahren erteilt werden. Das Visum berechtigt den Passinhaber zur Ein- oder Ausreise an beliebiger Stelle der Grenze. Ein Visum dieser Art kostet 8 Mk. Es werden auch Visa zu einem Preis von 1 Mk. ausgestellt, die aber nur zwei Wochen Gültigkeit haben.

Die Amerikanisierung der Opelwerke. Die Opelwerke in Rüsselsheim haben sämtlichen kaufmännischen Angestellten, die ihren Anstellungsvertrag über Monatsdauer haben, gekündigt. Die Kündigung soll die Überleitung der bisherigen Verträge in solche herbeiführen, die den Grundlinien im General-Motors-Konzern entsprechen. Das bedeutet, daß die Kündigungsfrist für alle Verträge vom Generaldirektor bis zum letzten Angestellten nur vier Wochen betragen wird. Durch diese Maßnahme kommt zu der technischen Amerikanisierung auch die kaufmännische.

Dr. Adolf Braun †. Dr. Adolf Braun, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes und früher Reichstagsabgeordneter, ist heute nacht gestorben.

Eröffnung der Feuerbach-Gedächtnis-ausstellung der badischen Kunsthalle

Aus Anlaß des 100. Geburtstages Anselm Feuerbachs hat die Badische Kunsthalle in Karlsruhe eine Gedächtnisausstellung des großen Meisters veranstaltet, die am Sonntag im Gebäude der Badischen Kunsthalle in Anwesenheit einer großen Anzahl prominenter Gäste, darunter auch Staatspräsident Dr. Schmitt, Kultusminister Dr. Leers, Oberbürgermeister Dr. Zinter, eröffnet wurde. Die Ausstellung umfaßt eine zwar nicht vollständige, aber doch sehr ausgiebige und das Charakteristische hervorhebende Sammlung der Schöpfungen Feuerbachs, die alle Stadien seiner Entwicklung sowohl nach der historischen, wie auch der künstlerischen Seite zum Ausdruck bringt.

Kultusminister Dr. Leers begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Regierung und des Landtags, die Oberbürgermeister mehrerer Städte, sowie die Vertreter der Hochschulen des Landes. Er dankte allen denen, die zur Ermöglichung der Ausstellung beigetragen haben, vor allem den vielen Leihgebern wertvoller Bilder des Meisters, der Stadt und den Gemälden. In Verbindung mit der dieser Tage in Mannheim eröffneten Ausstellung über das badische Kunstschaffen der Gegenwart zeige die heutige Ausstellung, daß die leitenden künstlerischen Bahnen bestrebt seien, die Kunst — die vergangene wie die gegenwärtige — nach besten Kräften zu unterstützen. Feuerbach habe das Los so mancher Künstler geteilt, daß sie zu ihrer Zeit nicht die rechte Würdigung gefunden haben; in Karlsruhe sei es ihm trotz mancher Förderung nicht gut gegangen. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage sei auch manch anderer Künstler ähnlichem Schicksal ausgesetzt. Die erwünschte Förderung habe ihre Grenzen an dem finanziellen Können; jedenfalls aber sei das eheliche Wollen größtmöglicher Förderung vorhanden, und man hoffe, mit der vergangenen Kunst auch die gegenwärtige zu fördern und den heutigen Künstlern zu nützen. Die Kunst aber bedürfe heute mehr denn je der Freundschaft nicht nur der Regierung, sondern auch der Mitlebenden, und Unterstützung, um sich in der Kraft zu erhalten, wertvolles Kulturgut zu fördern, in der Grenzmark mehr noch als sonst. Mit diesen Worten erklärte der Minister die Ausstellung für eröffnet.

Namens der Badischen Kunsthalle bewillkommte deren Kultus, Fel. Dr. Fißel, die Anwesenden und begrüßte sie im Namen Anselm Feuerbachs, dessen Gedächtnis die Ausstellung

Badischer Teil

Das Verbot von Übungen militärischer Art

Gewisse Maßnahmen insbesondere in den Landbezirken und im Gebirge, haben dem Minister des Innern Anlaß gegeben, die Bezirksämter (Polizeidirektionen) erneut auf die Bestimmungen des badischen Notgesetzes vom 16. Oktober/16. November 1923 hinzuweisen, wonach der unbefugte Zusammenschluß von Personen zu Aufmärschen, die der Polizei vorbehalten sind, verboten ist. Außerdem wird auf das Reichsgesetz vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 verwiesen, wonach Vereinigungen, die sich mit militärischen Dingen befassen, namentlich ihre Mitglieder im Gebrauch von Waffen ausbilden und Feldübungen veranstalten, verboten sind.

Im Zusammenhang mit dem Verbot des Notengesetzes und der angeordneten Genehmigungspflicht für Demonstrationen sind alle Polizeibehörden des Landes erneut angewiesen, auf Vorgänge der oben bezeichneten Art ihr besonderes Augenmerk zu richten und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Rektoratswechsel in Freiburg

Sonntag vormittag fand an der Universität Freiburg die Übergabe des Rektorats statt, die wie üblich in feierlicher Weise vor sich ging. Unter den erschienenen Gästen bemerkte man u. a. Erzengel Weill, Geh. Rat Prof. Dr. Baumler, Landeskommissar Schwörer, die Landräte Geh. und Böhrle, Oberbürgermeister Dr. Bender, Reichsbischof Dr. Burger, Ehrensenator Erising, Mitglied des Reichstages. Das Unterrichtsministerium war durch Prof. Mittelstraß vertreten. Nach Verlesung des Tätigkeitsberichts hielt der neugewählte Rektor, Prof. Dr. Dragenhoff, eine Ansprache über Archäologie. Die Feier war von Musikvorträgen umrahmt.

Die Zahl der Studierenden in Freiburg hat in diesem Sommersemester bereits die Zahl 4000 überschritten, ohne Hörer und Hörerinnen. Wer der 4000. Student ist, der mit besonderen Ehren bedacht werden soll, kann erst im Laufe der nächsten Tage festgestellt werden.

Aus der badischen Landwirtschaft

Die Bedeutung der Geflügelzucht für die Volkswirtschaft. In einer Veranstaltung des Landesverbandes Badischer Geflügelzüchter Gau 8 in Koblitz sprach Major a. D. Schmal von Baden-Baden, Mitglied des Reichsausschusses für Wirtschaftsgeschäft, über das Thema: „Das Haushuhn in der deutschen Volkswirtschaft“. Der Redner wies darauf hin, daß auch der Geflügelzüchter zur Verbesserung der Handelsbilanz beitragen könne. Für 400 Millionen Goldmark werden im Jahre Eier aus dem Ausland bezogen. Diese enormen Summen müssen für die deutsche Volkswirtschaft gewonnen werden. Die Regierung hat zur Unterstützung und Hebung der Eierzeugung einen Betrag von 3 Millionen bewilligt, der an Mustergeflügelhaltungen und Leistungssuchen, die vor 1928 in Betrieb waren, abgegeben wurde. Es sei wohl notwendig, daß die Eierzeugung eine Vermehrung erfahre, aber in erster Linie sei dafür zu sorgen, daß der notwendige Absatz vorhanden sei. Im Frühjahr, besonders in den Monaten April und Mai, finden wir eine Überproduktion. In der Zeit, wo es an Eiern mangelt, im Oktober und Dezember, ist das Ausland, hier besonders Holland und Dänemark, in der Lage, jederzeit vorzügliche frische Eier in großen Mengen auf den Markt zu werfen. Der Großhandel bezieht dort seinen Bedarf, wo er ihn am leichtesten, am schnellsten und bequemsten decken kann und das ist in diesen Zeiten das Ausland. Es müßte nun ein Abkommen mit dem Großhandel getroffen werden, daß die deutschen Eier in erster Linie ihre Verwertung finden. Die Forderung ist nicht zuerst die, daß mehr Hühner gehalten werden müssen, sondern daß eine Brücke zwischen Erzeuger und Großhandel geschaffen wird, die eine jederzeitige bequeme Lieferung ermöglicht.

gewidmet ist, als Vorfeier seines baldigen hundertjährigen Geburtstags. Die Ausstellung beachtet Namen und Wert des Künstlers in ehrenden und dankbares Gedächtnis zu rufen. In Karlsruhe ist sein Leben und Geschick noch kaum verflungen. Feuerbach ist von hier, ja in gewissem Sinn von der Badischen Kunsthalle ausgegangen, und so besteht hier besondere Berechtigung, ihn als den Untrüglichen zu ehren. Die Ausstellung ist eine Auswahl von Hauptwerken seines Schaffens, die gleichwohl eine gewisse Art von Vollständigkeit der Darstellung zu bieten hofft. Ihre Absicht ist nicht, vor der Kritik einen „Fall Feuerbach“ auszubreiten, sondern durch die Erkenntnis seines Lebenswerks dieses Schaffens wieder mit heutigen künstlerischen Fragestellungen verbinden zu lernen.

Es ist ungewöhnlich aufschlußreich, dem Künstler durch die Stappen seiner Entwicklung zu folgen, die Entfaltung der Fähigkeiten und das Gleichbleiben des Charakters zu beobachten. Wenn heute eine gewisse Neigung besteht, bei einem gewissen malerischen Element seiner Kunst vorzugsweise zu verweilen, so muß doch eine unhistorische Verlagerung in den Gesichtspunkten seiner Bewertung vermieden werden. Die schönen Landschaften, Porträts, und Zeichnungen bedeuteten für Feuerbach im wesentlichen nur Vorarbeit für die großen Kompositionsbahnen, die ihm von Anfang an bewegten. Feuerbach war seiner Veranlagung nach geschaffen, seiner Zeit alle Wärme und Zartheit abzugewinnen, die in ihr lag, und sich nach einer Art entrindern und idealer Geschlossenheit zu sehnen, die für ihn besonders bezeichnend ist. Sehr weit erhebt er sich als Historienmaler (wie er sich selbst nannte) über das verpackte Schaffen seiner Zeit. Seine großen Kompositionen erfassen einen geistigen Kernpunkt, wo der historische und mythologische Stoff zum Symbol größter Menschlichkeit sich erhebt. Insofern weist er über seine Zeit hinaus, so sehr er ihre Sprache spricht, und kann und soll von uns nicht nur als typisch deutscher Problematiker, sondern als großer Künstler überhaupt verstanden und begriffen werden.

Dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich dann ein Rundgang durch die verschiedenen, reich ausgestatteten Säle der Ausstellung an.

Badisches Landestheater

Gesellschaft

Schauspiel in drei Akten (sieben Szenen) von John Galsworthy. Aus dem Englischen überetzt von Leon Schallit. In Szene gesetzt von Felix Baumbach. Man war erntant, am Samstagabend das Theater ausverkauft zu sehen. Die Zugkraft John Galsworthys war damit

Tagung des Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen

In Baden fehlten 15 000 Wohnungen — Jährlicher Neubedarf 6000 Wohnungen

Im Landtagsaal zu Karlsruhe trat am Samstagnachmittag der sehr gut besuchte 17. ordentliche Verbandstag des Badischen Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen e. V. (Sitz Karlsruhe) zusammen. Der Verbandsvorsitzende, Regierungsrat Dr. Köhler, begrüßte die Delegierten und insbesondere die Regierungsvertreter, an der Spitze den Ministerialrat Dr. Imhoff, ferner den ersten Vizepräsidenten des Landtags, Abg. Maier-Geidelberg, und schließlich den Präsidenten des Landesarbeitsamts Frankfurt a. M., Dr. Engler, der früher lange Jahre den Verband geleitet hat.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht für 1928. Er stellte eine gesteigerte **genossenschaftliche Bautätigkeit** fest. Die Zahl der dem Verband angeschlossenen Bauvereinigungen betrug zum Jahresluß 99 mit rund 30 500 Mitgliedern. Es wurden letztes Jahr 1196 Wohnungen durch die Genossenschaften erstellt, bis jetzt insgesamt 11 391 Wohnungen. Verbandsrevisor Schindel berichtete über ein im allgemeinen befriedigendes Ergebnis der Verbandsrevisionen. Danach wurde die Jahresrechnung 1928 genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Auch der Voranschlag für 1929 fand die Zustimmung der Versammlung.

Es folgte ein Vortrag des Ministerialrats Dr. Imhoff vom Ministerium des Innern über die „**Finanzierung des Wohnungsbaus 1929**“. Nach einem Hinweis auf die rege Bautätigkeit der letzten Jahre (die 1927 einen Neuzugang von 13 287 Wohnungen, 1928 einen solchen von 12 722 Wohnungen brachte) sowie auf die großen Aufwendungen der öffentlichen Hand für den Wohnungsbau in beiden Jahren je 49 Millionen Reichsmark) stellte der Redner fest, daß in Baden zur Zeit noch circa 15 000 Wohnungen fehlen und der jährliche Neubedarf sich auf etwa 6000 Wohnungen beziffert. Eine Hauptaufgabe der nächsten Zeit sei die Fürsorge für Wohnungen für kinderreiche Familien. Schwierig gestaltet sich immer noch die Beschaffung der Gelder. Eigenkapital ist knapp, die erste Hypothek kostet hohen Zins, die Mittel für die zweite Hypothek müssen vorwiegend aus der Gebäudendeckelung gewonnen werden, da die Aufnahme von Anleihen gegenwärtig schwierig ist. Ministerialrat Dr. Imhoff verbreitete sich weiter über die Reichsrichtlinien für den Wohnungsbau und den Entwurf des Gebäudendeckelungsgesetzes. Er machte zum Schluß Mitteilungen aus den Entwürfen über die Regelung des **Bausparkausweises** und der Gemeinnützigkeit der Bauvereinigungen. In den Vortrag mündete sich eine rege Aussprache. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

Am Sonntag folgten Vorträge des Bürgermeisters Schneider, Karlsruhe, über „**Fortschrittliche Wohnungsbau**“ und des Dr. Marks, Berlin, über „**Die Wirtschaftlichkeit als Grundlage der Bauvereinsarbeit**“.

Mit einer Besichtigungsfahrt durch die Karlsruher Siedlungen am Sonntagnachmittag wurde die Tagung beendet.

Sonntag mittag führte im Gelände der Gemarkung Nüdelheim bei Bingen das Flugzeug „Bingen“ der Technischen Segelfliegergruppe Bingen a. Rh. ab. Dabei wurde der Pilot Abt, der Vorsitzende der Fliegergruppe, gerettet.

Der Maler Prof. Heinrich Bille in Berlin ist nach einem Schlaganfall, den er kürzlich erlitten hat, nunmehr so schwer erkrankt, daß das Schlimmste befürchtet werden muß. Bille hat die Sprache verloren und ist vollkommen apathisch geworden.

Die große Feuerbrunst auf dem Hartmannswaldkopf, die vor ungefähr 14 Tagen von Sonntag früh bis Montagabend dauerte, hat an dem Friedhof, welcher von den Flammen ganz umzingelt war, keinen wesentlichen Schaden angerichtet. Die zahlreichen Besucher, welche bereits den Hartmannswaldkopf besichtigen haben, finden seinen Zustand genau so wie nach Friedensschluß.

Nach sechsstägiger Verhandlung hat in Wien der Prozeß gegen den 17jährigen Gymnasialisten Ferdinand Armann zu einem Schuldspruch gegen den Angeklagten geführt, der schuldig ist, an seinen Eltern Mord begangen zu haben, wonach er nach dem neuen Jugendgesetz mindestens sieben, im Höchstmaß zehn Jahre strengen Arrest erhält. Der Verteidigung hat im Elternmordprozeß Armann Nichtigkeitsbeschwerden und Berufung eingelegt.

erwiehen, wohl aber mehr die des Epikers als des Dramatikers. In beider Eigenschaft zeigt sich der erfolgreiche englische Schriftsteller als realistisch Gesellschaftskritiker, der in seiner relativistischen Einstellung mehr der jenseitigen Literaturperiode als der heutigen mit ihrer absoluten Wertung zugehört. Deshalb ist es wohl auch erklärlich, daß seine bei uns erst nach dem Krieg einsetzende Beliebtheit weniger durch seine Dramen als seine drei angelegten Romane begründet wurde. Die Aufführung seines „Gesellschafts“-Schauspiels erweist ebenfalls, daß seine Stärke mehr auf epischen, als auf dramatischem Gebiete liegt, wenn dazu auch das etwas schleppende Tempo der Aufführung beigetragen haben mag.

Aberhaupt war die Aufführung für die Fritz Baumbach verantwortliche zeichnete, trotz gelungener Einzelheiten im Darstellerischen, als Ganzes nicht glücklich, da die Atmosphäre des englischen Milieus mißlungen war. Gerade bei einem auf Gesellschaftskritik eingestellten Werke ist aber naturgemäß die Milieuatmosphäre das Wichtigste. Es handelt sich in dem Stück um das Übergewicht englischer Gesellschaftsform gegenüber dem sittlichen Gehalt, um die Aufzuehung der zu bloßen äußerlichen Form erklärten Gesellschaftslehre. Der bestohlene neureiche Jude de Levis kann noch sehr im Rechte sein, die Sympathie der Gesellschaft gehört ihrem alten Liebe Hauptmann Danach, und wenn er auch der Dieb ist. Wenn diese Anschauung in solch grober Weise auch nur von Major Colford ausgesprochen wird, im Grunde wird sie von allen Gesellschaftsmitgliedern geteilt. Auch nach der Aufhebung des Diebstahls wird Danach von allen bedauert, während der Jude de Levis geachtet wird als der, der den Skandal nicht unterdrückt und Danach in den Tod getrieben hat. De Levis ist kein Gentleman, während Danach zwar leichtsinnig, ja vielleicht unentschuldigbar leichtsinnig gehandelt hat, aber doch irgendwie immer noch Gentleman geblieben ist.

Um uns solche Gesellschaftsanschauung erlebnishaft glauben zu machen, bedarf es des echten Fluidums, das mit Worten allein nicht ausgedrückt werden kann. Zweifellos hatte der Spielleiter dies erkannt und bewußt darauf hingearbeitet, aber ohne sein Ziel zu erreichen. Das langsame Tempo und der leise, oft bis zur peinlichen Unverständlichkeit leise Sprechton allein genügen nicht. Es liegt auch nicht allein an Einzelheiten, die genügt bei einem solchen auf Milieuschilderung abgestellten Stück besonders peinlich beobachtet werden müssen, wozu selbst die Anzugfrage gehört. Der Butler des reichen Gutsbesizers Winsor hätte sicher den Schloßgärtner abends nicht den Smoking, sondern den Frack zum Dinner mit Damen herausgelegt, oder der anmeldebede Schreiber bei der altnommierten Advokatenfirma würde nicht in hellem Strahenzug Dienst tun. Darüber hinaus liegt es an allem zu

Aus der Landeshauptstadt

Aufzeichnung eines Erdbebens. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Geodätischen Instituts an der Techn. Hochschule Karlsruhe registrierten Samstagabend ein heftiges Erdbeben...

Die Staatliche Lehrerschule und Schiffschule in Furtwangen stellt in der Zeit vom 15. Mai bis 12. Juni 1929 in der Landesgewerbehalle in Karlsruhe Erzeugnisse der Schule aus. Der Eintritt ist frei.

Muttertag - Vortragsabend in Karlsruhe. Der Muttertag in Karlsruhe wurde am Sonntagmittag in der Städtischen Festhalle durch eine feierliche Feier gewürdigt.

Zum 'Badener Heimattag' in Karlsruhe 1929. Nach den bis jetzt vorliegenden Vorkenntnissen aus dem In- und Ausland sowie aus privaten Schreiben läßt sich erwarten, daß der 'Badener Heimattag' - der Weltkongress der Badener - fast überall bei den in Frage kommenden Kreisen eine herzliche Aufnahme findet.

Gautag der Naturfreunde. Am Samstag und Sonntag fand im Festsaal des 'Friedrichshofs' zu Karlsruhe der prächtige Gautag des Touristenvereins 'Die Naturfreunde' e. V. (Gau Baden) statt, der von 84 Ortsgruppen durch 96 Delegierte besucht war.

Badisches Landestheater. Das städtische Theater Karlsruhe gibt Freitag, den 17. Mai, nochmals das dreiaktige Volksstück 'Das Testament' von J. Greber, und beschließt damit seine Gastspielserie in dieser Saison.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Vom Mittelmeer hat ein Tiefdruckgebiet über die Alpen nach Norden übergezogen und uns schon gestern Bewölkungsumwandlung gebracht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 10 veröffentlicht die Verordnung des Ministers des Innern: Die Abgabe stark wirkender Arzneimittel sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneifässer und Ständergefäße in den Apotheken.

18. Freiburg i. Br., 11. Mai. Am Montag, den 18. Mai, feiert der älteste Ehrenbürger der Stadt Freiburg, Erz. Wirklicher Geheimrat Professor Dr. Wämmler, seinen 93. Geburtstag.

19. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

20. Freiburg i. Br., 11. Mai. Am Montag, den 18. Mai, feiert der älteste Ehrenbürger der Stadt Freiburg, Erz. Wirklicher Geheimrat Professor Dr. Wämmler, seinen 93. Geburtstag.

21. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

22. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

23. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

24. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

25. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

26. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

27. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

28. Freiburg i. Br., 11. Mai. Die im vorigen Jahre begonnenen Gleiswechselarbeiten an der Rheintalbahn Basel-Freiburg wurden an den verschiedenen Stellen in den letzten Tagen wieder aufgenommen.

29. Buggingen, 12. Mai. Sonntag früh, vier Uhr, ereignete sich im Kallbergwerk ein schwerer Unglücksfall, wobei vier Leute verunglückten, zwei davon schwer.

30. Konstanz, 18. Mai (Drahtber.). Am Sonntag stieß an einer unübersichtlichen Wegkreuzung Goldbach der Kraftwagen der Reichswehrnachrichten-Abteilung Gannstatt, der mit einem Hauptmann, einem Leutnant und einem Gefreiten besetzt war, mit einem Motorabfahrer zusammen.

Handel und Wirtschaft

Deutscher Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (13. Mai, 11. Mai), and exchange rates.

Die deutsche Rheinschiffahrtsgemeinschaft

In Mannheim fanden am Samstag die angeführten Generalversammlungen der Rheinschiffahrts-G. V., vormals Fendel, Mannheim, der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransporte, Mannheim (badische Gruppe), sowie der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft Köln und der Mannheimer Lagerhausgesellschaft, Mannheim (Preussische Gruppe), statt.

Als erste der Generalversammlungen wurde die der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft, Köln, abgehalten. Vertreter waren neun Aktionäre mit 8855 Stimmen, den Vorsitz führte Bankier Reichmann, Köln.

In der ordentlichen Generalversammlung der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft war ein Aktienkapital von 1.559.600 M vertreten. Sämtliche Anträge der Verwaltung wurden einstimmig genehmigt.

Auch in den beiden Generalversammlungen der Fendelgruppe, bei denen der badische Staatspräsident Dr. Schmitt anwesend war, wurde ohne jede Diskussion der Betriebsgemeinschaftsvertrag genehmigt.

Zu Anschlag an die ordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

In Anschlag an die außerordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

Auch in den beiden Generalversammlungen der Fendelgruppe, bei denen der badische Staatspräsident Dr. Schmitt anwesend war, wurde ohne jede Diskussion der Betriebsgemeinschaftsvertrag genehmigt.

Zu Anschlag an die ordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

In Anschlag an die außerordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

Auch in den beiden Generalversammlungen der Fendelgruppe, bei denen der badische Staatspräsident Dr. Schmitt anwesend war, wurde ohne jede Diskussion der Betriebsgemeinschaftsvertrag genehmigt.

Zu Anschlag an die ordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

In Anschlag an die außerordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

Auch in den beiden Generalversammlungen der Fendelgruppe, bei denen der badische Staatspräsident Dr. Schmitt anwesend war, wurde ohne jede Diskussion der Betriebsgemeinschaftsvertrag genehmigt.

Zu Anschlag an die ordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

In Anschlag an die außerordentlichen Generalversammlungen fanden die außerordentlichen statt, in denen die Fusionverträge genehmigt wurden.

Auch in den beiden Generalversammlungen der Fendelgruppe, bei denen der badische Staatspräsident Dr. Schmitt anwesend war, wurde ohne jede Diskussion der Betriebsgemeinschaftsvertrag genehmigt.

Bei der Rheinschiffahrt: A. G. vorm Fendel dankte der stellv. Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Stiegler, Konstanz, dem badischen Staat und seinem Oberhaupt für das Interesse an der Rheinschiffahrt, die nunmehr durch die Zusammenarbeit der Länder Preußen und Baden gefördert werde.

Der Gesamtaufsichtsrat hat sein Mandat niedergelegt, er wurde in folgender Zusammenfassung neugewählt: Rührerbesitzer Julius Andreae, Mannheim, Geh. Kommerzienrat Dr. Brosien, Mannheim, Direktor Franz Buehler, Mannheim, Ministerialrat Dr. Alfred Bund, Karlsruhe, Generaldirektor Dr. Kruse, Köln, Sigmund Mayer-Wolf, Haag, Ministerialrat Seeger, Karlsruhe, Kommerzienrat Dr. Stiegler, Konstanz, Oberbergat Otto v. Bellen, Herne, Direktor Friedrich Wilmshuth, Mülheim, und Oberberghauptmann Schank, Berlin.

Die Generalversammlung der Badischen A. G. für Rheinschiffahrt und Seetransporte, in der 3.363.000 M Aktien vertreten waren, leitete Vorstandsvorsitzender Dr. Weg, Karlsruhe, auch hier wurden alle Anträge ohne Debatte genehmigt.

Zellstofffabrik Waldhof, Mannheim. Nach dem Jahresbericht für 1928, der auf den im Dezember gefassten Beschluß zur Erzielung einer selbständigen Zellulosefabrik in Kexholm (Finnland) unter dem Namen 'O/W Waldhof A/B' mit der Absicht der Erzeugung hochqualifizierter Produkte, namentlich für die Kunstfaserindustrie, verweist, war im abgelaufenen Jahre infolge der steuerlichen und sozialen Überbelastung sowie der Lohnerhöhungen ein Preisabfall unumgänglich und der Export in besonders unerwünschter Weise in einer Zeit erschwert, in der die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes verringert war.

Die Generalversammlung der Badischen A. G. für Rheinschiffahrt und Seetransporte, in der 3.363.000 M Aktien vertreten waren, leitete Vorstandsvorsitzender Dr. Weg, Karlsruhe, auch hier wurden alle Anträge ohne Debatte genehmigt.

Staatsanzeiger

Verbot und Auflösung des Roten Frontkämpferbundes

Auf Grund des § 14 in Verbindung mit § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, § 1 des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 und auf Grund des § 2 des Reichsbereinsgesetzes in Verbindung mit § 120 des Reichsstrafgesetzbuchs wird für das Gebiet des Freistaats Baden in Übereinstimmung mit der Reichsregierung der Rote Frontkämpferbund einschließlich der Roten Jungfront mit allen Zweigorganisationen und Einrichtungen verboten und aufgelöst.

Das Vermögen der aufgelösten Organisationen wird zugunsten des Reiches beschlagnahmt. Die Durchführung der Beschlagnahme obliegt den Bezirksämtern (Polizeidirektionen).

Karlsruhe, den 11. Mai 1929.

Der Minister des Innern

Remmele.

Bekanntmachung

Genehmigungspflicht für Demonstrationen

1. Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit §§ 29 und 30 Polizeistrafgesetzbuch, § 366 Ziffer 10 Reichsstrafgesetzbuch wird für das Land Baden bis auf weiteres bestimmt:

1. Demonstrationen bedürfen der vorgängigen polizeilichen Genehmigung, die durch die zuständige Polizeibehörde (Bezirksamt, Polizeidirektion) zu erteilen ist.

2. Nicht genehmigungspflichtig sind Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind.

3. Die Genehmigung ist insbesondere stets zu verweigern für die in letzter Zeit üblich gewordenen Propagandafahrten gewisser politischer Gruppen mit Lastkraftfahrzeugen, welche erfahrungsgemäß zur Störung der öffentlichen Ordnung führen.

11. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 M oder Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Karlsruhe, den 11. Mai 1929.

Der Minister des Innern

Remmele.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Der seitherige stellvertretende Handelsrichter Fabrikant Jakob Fuchs in Karlsruhe zum Handelsrichter, Vizepräsident der Handelskammer Karlsruhe, Dr. Gustav Oberlein, und Fabrikant Ferdinand Lindenmeyer in Karlsruhe zu Handelsrichterstellvertretern für die Kammern für Handelslagen beim Landgericht Karlsruhe.

Zustizassistent Heinrich Watt beim Notariat Freiburg zum Landgericht daselbst.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Amtsgerichtsrat Max Werle in Lahr, Obergericht Karl Braunstein beim Bezirksgefängnis Wiesloch.

Ausgang aus den Personalveränderungen des Reichsheeres mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkommandos V. Mit dem 1. Mai 1929 werden befohrt:

Zum Obersten: Oberstleutnant Chambeau, Stab d. Gr. Abt. 2; zum Hauptleuten: Oberleutnant Entz, Kommandantur d. Tr. Abt. 11. Münstingen; Oberleutnant Wenzel, Kommandantur des Tr. Abt. 11. Münstingen; zum Oberleutnant: Leutnant Ott, Infanterie-Regt. 13; zum Generalstabarzt: Generalarzt Dr. Kullus, Gruppenarzt des Gruppenkommandos 2. Mit dem 1. April 1929 wird befohrt: Zum Stabsarzt: Unterarzt Dr. Anger unter Versetzung am 1. Mai in die Sanitäts-Abt. 5.

